

Frau Riehstein (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema, über das wir jetzt debattieren, ist bestimmt nicht so spannend wie die soeben vollzogene Abstimmung, aber es ist nicht minder wichtig; ich würde sogar sagen, es ist noch wichtiger als das Thema, über das wir gerade sprachen.

Über die Bedeutung der Föderalismusreform II muss ich, glaube ich, nicht allzu viel sagen. Wenn wir uns einmal anschauen - und wir werden uns in Zukunft noch damit befassen -, welche weitreichenden Kompetenzverschiebungen bereits durch die Föderalismusreform I entstanden sind, wo es um die Entflechtung der Kompetenzen ging, können wir schon sagen: Es wurde viel geschafft, aber es ist beileibe noch nicht alles geschafft worden, es stehen noch ganz elementare Entscheidungen vor uns. Das ist zum einen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen. Wir müssen uns nur einmal verdeutlichen, dass die Staatsverschuldung aller Ebenen im letzten Jahr 1,5 Billionen Euro betrug.

Es geht auch um die Verbesserung der Effizienz der Verwaltung von Bund und Ländern. Wir müssen konstatieren, dass die Verwaltungsstrukturen des Bundes, der Länder und der Kommunen den in der Bevölkerung und in der Wirtschaft gestiegenen Anforderungen unter den Bedingungen des weltweiten Wettbewerbs vielfach nicht gerecht werden. Im föderativen Wettbewerb können nur die besten Verwaltungsstrategien zum Ansatz kommen, wenn sich die besten Lösungen durchsetzen, wenn Transparenz über die Leistungsfähigkeit zwischen Strukturen und Verwaltung von Bund, Ländern und Kommunen hergestellt wird.

Hier möchte ich in einer Randbemerkung den Kolleginnen und Kollegen im Sonderausschuss zum Abbau von Normen und Standards doch noch einmal Mut machen, weiter in ihrer Arbeit voranzuschreiten und die Landesregierung ganz explizit aufzufordern, aus der Aufgabenkritik die Konsequenzen zu ziehen und die entsprechenden Schritte einzuleiten. Denn wir müssen in Brandenburg auf die Entscheidungen, die in der Föderalismusreform-II-Kommission getroffen werden, vorbereitet sein, damit wir in diesem Wettbewerb bestehen können.

Meine Damen und Herren, gerade weil wir uns mit diesen wichtigen Themenkomplexen beschäftigen werden, ist es wichtig, dass hierbei alle Ebenen einbezogen werden. Wir haben schon im Dezember letzten Jahres darüber debattiert, dass selbstverständlich auch die Interessen der Landtage mit berücksichtigt werden müssen.

Die Kommission ist nun einmal so zusammengesetzt, wie sie ist. Ich bedaure sehr - meine Befürchtung ist leider wahr geworden -, dass die Kommission nicht kleiner geworden, sondern sogar noch etwas gewachsen ist. Es ist aber zum Glück auch so, dass es vier Landtagsvertreter in der Kommission gibt. Obwohl im Vorfeld vielfach kritisiert wurde, dass die ostdeutschen Interessen hier nicht vertreten seien, müssen wir doch konstatieren, dass Vertreter aus drei ostdeutschen Landtagen in dieser Kommission sind. Wenn auch nicht direkt ein Vertreter des brandenburgischen Landtages darin ist, freue ich mich, dass neben der brandenburgischen Landesregierung doch zumindest eine Brandenburger Parlamentarierin vertreten ist.

(Bischoff [SPD]: Von der CDU!)

- Natürlich, darauf komme ich gleich, Herr Bischoff.

Es handelt sich um die CDU-Bundestagsabgeordnete Frau Andrea Voßhoff, sie ist stellvertretendes Mitglied dieser Kommission. Ich bin mir sicher, dass wir hier zu einer sehr engen und guten Zusammenarbeit kommen und damit auch Brandenburger Interessen ganz explizit vertreten werden.

Meine Damen und Herren, wir sind nun einmal in der Situation, dass kein Landtagsvertreter aus Brandenburg in die Kommission entsandt worden ist. Dennoch sollten wir unsere Interessen wahrnehmen. Das können wir nur, wenn wir über einen kurzen Draht immer wieder informiert werden. Darauf zielt unser Antrag ab. Wir möchten nicht nur aus erster Hand von dem seitens der Landesregierung in die Kommission entsandten Vertreter informiert werden, sondern auch so früh in die Beratung einbezogen werden, dass die Interessen des Landtages berücksichtigt werden können. Wir stellen diesen Antrag heute zur Abstimmung, um auch in einer weiteren Folge den Vertretern unserer Landesregierung den Rücken zu stärken, Brandenburger Interessen in dieser Kommission zu vertreten.

Wir sollten uns nicht nur im Landtag, sondern direkt in den Ausschüssen berichten lassen. Das hat einen guten Grund: weil wir darüber debattieren wollen. Wir wollen das nicht nur in diesem großen Forum tun, sondern uns wirklich austauschen. Da wir zwei große Themenkomplexe haben, ist es wichtig, dass wir dies im Hauptausschuss und auch im Haushalts- und Finanzausschuss tun. Dazu werbe ich um Ihr Verständnis. Die Details, welche inhaltlichen Vorstellungen wir haben, werden wir dann hoffentlich in konstruktiver Form in den Ausschüssen miteinander beraten. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Es spricht der Abgeordnete Vietze für die Fraktion der Linkspartei.PDS.

Vietze (Die Linkspartei.PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

„Der Landtag möge beschließen: Der von der Landesregierung benannte Vertreter in der Föderalismuskommission II wird aufgefordert, den Hauptausschuss sowie den Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtages frühzeitig und regelmäßig in die Beratungen zur Föderalismusreform II einzubeziehen und diese, vorzugsweise in schriftlicher Form, über aktuelle Sachstände, Entwicklungen und Zeitabläufe zu informieren.“

Wir halten diesen Beschlussvorschlag für außerordentlich zustimmungsfähig, weil er das Minimum dessen ist, was dieses Parlament erwarten kann.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Man sollte fairerweise klar und deutlich sagen, dass es sich bei dem vom Land benannten Vertreter um den Ministerpräsidenten handelt. Über ihn sind wir sogar als Parlament vertreten; denn der Ministerpräsident ist in Potsdam direkt gewählter Ab-